

Ebert, Konrad

**Article — Digitized Version**

## Die Lage des Steinkohlenbergbaus im energiewirtschaftlichen Gesamtbild

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Ebert, Konrad (1958) : Die Lage des Steinkohlenbergbaus im energiewirtschaftlichen Gesamtbild, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 38, Iss. 9, pp. 491-496

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132688>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Die Lage des Steinkohlenbergbaus im energiewirtschaftlichen Gesamtbild

Dr. Konrad Ebert, Essen

*Wiederholt schon haben wir das Energieproblem von verschiedenen Gesichtswinkeln behandelt. Es ist nur recht und billig, daß auch der Standpunkt der Kohlenwirtschaft hier vorgetragen wird, und anläßlich der Bergwerksausstellung in Essen dürfte das seine besondere Berechtigung haben. Kohle ist für uns, die wir nicht übermäßig mit Bodenschätzen gesegnet sind, eine wesentliche Reichumsquelle. Innerhalb kurzer Zeit hat sich die Lage auf dem Kohlenmarkt in ihr Gegenteil verkehrt. Hat noch vor kurzem die Kohlenwirtschaft um eine marktmäßige Anpassung ihrer Preise gekämpft und hat noch vor kurzem die Erdölwirtschaft Investitionen zur Ausfüllung einer drohenden Energielücke vorgenommen, so stehen wir heute vor unverkäuflichen Haldenbeständen, und die Energieversorgung begegnet einem Überangebot von Energierohstoffen. Stehen wir einerseits vor der Frage, ob die Erhaltung der bodenständigen Reichtümer nicht ein Opfer wert ist, so muß die Wirtschaftspolitik andererseits Vorsorge treffen, daß nicht Interessenpolitik zum Schaden der Volkswirtschaft wirkt. Dazu müssen wir aber alle Standpunkte sorgfältig prüfen.*

Seit Beginn dieses Jahres sind über 8 Mill. t Steinkohle und Koks bei den Zechen des Bundesgebietes auf Halde gekippt worden.<sup>1)</sup> Der Bergbau weist damit Bestände aus, die doppelt so groß sind wie die des Rezessionsjahres der Eisenwirtschaft 1954 und vom Höchststand, an dem sie während der Weltwirtschaftskrise im Frühjahr 1933 angelangt waren, schon nicht mehr weit entfernt sind. Freilich wurden diese der Größenordnung wegen zum Vergleich herangezogenen Zechenhalden in den früheren Krisenpunkten unter andersartigen ökonomischen Umständen erreicht, und die Dauer der Einlagerungsperioden, das Verhältnis von Förderung und Halden usw. sind in den einzelnen Situationen sehr verschieden gewesen.

### DIE HALDENBILDUNG ALS AUSDRUCK DER KOHLENMARKTLAGE

Etwa 12 % der Steinkohlenförderung der ersten sieben Monate des Jahres 1958 haben keinen Absatz gefunden. Dabei ist die Förderung in dieser Zeit nicht etwa gestiegen, sondern sie hat ihrem Umfang nach gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres kaum eine Veränderung erfahren. Mit der Haldenbildung hat der Steinkohlenbergbau die Auswirkungen einer Politik in der Kohlen- und Energiewirtschaft auf sich nehmen müssen, gegen die er schon seit langem gewichtige Einwendungen erhebt. Im raschen Wechsel der kohlenwirtschaftlichen Lage konnten Arbeits- und Verdienstaufälle für die Belegschaften anders nicht abgewendet werden. Halden des Umfangs, den sie Ende Juli 1958 erreichten, entsprechen der Förderung, die die Gesamtbelegschaft in 20 verfahrenen Schichten — das sind rund ein Zwölftel der insgesamt im Jahre 1957 je angelegten Arbeiter verfahrenen Schichten —

gewinnt, und ein entsprechender Teil der Lohnsumme des Steinkohlenbergbaus, die jährlich etwa 3 Mrd. DM beträgt, hängt davon ab.

Für den Bergbau bedeuten die Halden erhebliche Kosten und die Bindung umfangreicher Mittel. Diese finanziellen Belastungen stehen mit den technisch-wirtschaftlichen Zweckmäßigkeiten der bergbaulichen Produktion in Widerstreit, denn wegen ihrer — in der Industrie im allgemeinen unbekanntem — Abhängigkeit von natürlichen Bedingungen ist gerade die Aufrechterhaltung der Förderung auch bei schwachem Markt Voraussetzung dafür, daß die Anlagen für die Zeit erneut zunehmender Nachfrage leistungsfähig bleiben. Freilich setzt die Aufnahmefähigkeit der Lagerplätze Grenzen. Können die Schwierigkeiten im Absatz nicht überwunden werden, bevor diese Grenzen erreicht werden, so würden Feierschichten unvermeidlich werden. Bisher haben sie im ganzen nur geringen Umfang gehabt und sind von besonderen Umständen der einzelnen Anlagen bestimmt worden. Seit Beginn dieses Jahres ist knapp 1 Mill. t Förderung ausgefallen, je angelegten Arbeiter ist damit das Verfahren von 1,5 Schichten unterblieben. Wenn die Haldenbestände einen Einbruch in der Steinkohlenförderung bewirken, dann werden für die allgemeine Konjunkturentwicklung höchst unerwünschte Folgen davon ausgehen. Durch die bisherige Haldenbildung im Laufe weniger Monate mußte sich der Steinkohlenbergbau einer wirtschaftlichen Zwangslage fügen. Die Wirtschaftspolitik hat es ihm bisher überlassen, mit dem Anwachsen der Zechenbestände selbst fertig zu werden. Eine von der Hohen Behörde vorgeschlagene Bevorratungspolitik, durch die ein gemeinschaftlicher Mechanismus für die Finanzierung eines Teils der Haldenbestände geschaffen werden sollte, wird nicht

<sup>1)</sup> Stand Anfang August 1958, ohne Saargruben. Die für Rechnung von Abnehmern bei dem Steinkohlenbergbau lagernden Mengen gehören statistisch zu den Verbraucherbeständen.

als wirksame Hilfe angesehen. Die unterschiedliche Lage der Reviere und Behandlung der Kohlenförderung in der Wirtschafts- und Energiepolitik der einzelnen Gemeinschaftsländer hat auch den Ministerrat dazu bestimmt, diesen Plan abzulehnen.

Die Haldenbildung seit Jahresanfang bringt einen brüskten Umschwung in der Lage des Kohlenmarktes zum Ausdruck. Er folgte einer Periode der Anspannung, in der das Angebot an Ruhrkohle so knapp war, daß die Verkaufsgesellschaften ihre verfügbaren Mengen an Steinkohle und Koks nach einem Lieferplan verteilen mußten, der das Mittel darstellte, durch das die Hohe Behörde ihren vertraglichen Verpflichtungen zur Sicherung einer geordneten Versorgung im Gemeinsamen Markt nachzukommen strebte, ohne die ernste Mangellage nach Art. 59 des Montanunion-Vertrages zu erklären und selbst die Verteilung des Kohlenaufkommens der Gemeinschaft in die Hand zu nehmen. Wenn auch dieser noch weitergehende Schritt vermieden wurde, so hätte doch der Nachfrageüberhang für deutsche Kohle in der Zeit des stürmischen Konjunkturaufstiegs nur über den Preis eingedämmt werden können. Dieser Weg blieb verschlossen; der niedrige Preis der deutschen Kohle kam dem ganzen Gemeinsamen Markt zugute. Der Inlandsmarkt mußte auf Deckung des vollen Bedarfs aus eigenem Aufkommen verzichten. Versorgungsaufgaben verzerrten den Lieferplan außerdem noch zugunsten einzelner Verbrauchergruppen, und als Folge wurde eine großzügige, langfristige Einfuhrversorgung eingeleitet, die sich den Schwankungen des Marktes kurzfristig nicht mehr anpassen läßt.

Der Umschwung im Kohlenmarkt ist nicht durch einen Hinweis auf die allgemeine Konjunktorentwicklung zu erklären. Die Wirtschaftstätigkeit der Industrie hat keine entsprechende ruckartige Einschränkung erfahren. Sie hat sich auf einen langsameren Rhythmus eingestellt, aber ein allgemeiner Abschwung ist aus den Wirtschaftszahlen nicht nachgewiesen worden. Andere Faktoren und Umstände haben dazu beigetragen, daß diese abrupte Veränderung in der kohlenwirtschaftlichen Lage kurzfristig eintrat. Politische Einwirkungen auf Marktorganisation und Versorgung wurden schon angedeutet. Mit Zahlen über Verbrauch, Angebot und Bestandsbewegungen, mögen sie auch noch so vollständig und genau sein — was sie bekanntlich nicht sind, da sie im Nachweis des Verbrauchs und der Bestände bei den einzelnen Energiearten unterschiedliche Lücken aufweisen —, ist dem Phänomen der Halden allein nicht beizukommen. Ein Überblick über die energiewirtschaftliche Entwicklung ist aber unerläßlich.

#### DIE ENTWICKLUNG DES ENERGIEVERBRAUCHS

Der Anstieg des Energieverbrauchs in der Bundesrepublik seit Kriegsende erfährt gegenwärtig seine zweite Unterbrechung. Die erste erfolgte im Jahre 1953, als trotz weiterer Zunahme der allgemeinen Industrieproduktion und des Sozialproduktes der Verbrauch von Rohenergie — der Abschwächung in der

Eisenwirtschaft folgend — zurückging. In Zusammenhang mit der Steigerung der industriellen Erzeugung und der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung schoß der Energieverbrauch in der Folgezeit wieder stark in die Höhe. Von 1954 bis 1955 betrug der Zuwachs fast 10 %; er hielt sich in den beiden folgenden Jahren weiter auf überdurchschnittlichem Stand.

#### Aufkommen und Verbrauch von Rohenergie

Jahr	Rohenergie- verbrauch	Rohenergie- aufkommen	Differenz = Veränderung des Bevorratungsstands
	in Mill. t SKE		
1950	124,3	124,5	+ 0,2
1951	137,6	139,8	+ 2,2
1952	146,5	148,3	+ 1,8
1953	144,7	149,4	+ 4,7
1954	155,7	156,2	+ 0,5
1955	170,9	173,3	+ 2,4
1956	181,8	183,7	+ 1,9
1957	183,6	188,0	+ 4,4
1958 <sup>1)</sup>	182,0	190,0	+ 8

<sup>1)</sup> Schätzung auf Grundlage des 1. Halbjahres.

Die zweite Dämpfung dieser Entwicklung erfolgte im vergangenen Jahre: Der Rohenergieverbrauch erhöhte sich 1957 nur um 0,9 % gegenüber dem Vorjahr. Seine Entwicklung in der ersten Hälfte dieses Jahres begründet die Vermutung, daß die Stockung im Wachstum anhält und daß der Verbrauch von Rohenergie im Jahre 1958 wahrscheinlich sogar geringer sein wird als im Vorjahr. Die Ursachen dieser bei einer im ganzen behaupteten Aktivität der Volkswirtschaft nicht ohne weiteres plausiblen Abschwächung im einzelnen aufzuzeigen, ist schwer. Durch Hinweis auf das Jahr 1953 wird angedeutet, daß es auf die Entwicklung einzelner Branchen im Gesamtverlauf der Konjunktur ankommt und daß ihre Gewichtung in den Indizes, die den Grad der Wirtschaftstätigkeit angeben, nicht mit ihrer Bedeutung für den Energieverbrauch zusammenfällt. Es kommt hinzu, daß Rationalisierungen im Energieverbrauch wohl ständig vor sich gehen, ihre Wirkung im Zusammenhang mit den Investitionszyklen aber unkontinuierlich zum Tragen kommt. Andere Faktoren — wie z. B. der Ausnutzungsgrad des volkswirtschaftlichen Produktionsapparates, unterschiedlicher Temperaturverlauf — treten hinzu. Auch äußere Einflüsse, wie zuletzt die Suezkrise, sind nicht zu übersehen.

Die Prognosen des Energiebedarfs in zehn oder zwanzig Jahren sind angesichts der Vielzahl der zu berücksichtigenden Komponenten besonderen Unsicherheiten ausgesetzt. Andererseits haben gerade sie eine starke Zahlengläubigkeit hervorgerufen und wurden zur Grundlage vielfältiger langfristiger Dispositionen gemacht. Das hängt mit der Bedeutung zusammen, die dem Energieproblem für die Zukunft der Wirtschaft im allgemeinen beigemessen wird, und mit den politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Bedarfsdeckung, die manche der zahlreichen Voraussagen für Europa angekündigt haben. Neben diese Befürchtungen sind aber auch hochgespannte Erwartungen auf erweiterte Möglichkeiten der Energiebedarfsdeckung getreten. Eine Zusammenfassung aller in den letzten Jahren für die einzelnen Energieberei-

che verkündeten Ziele würde in zehn oder zwanzig Jahren ein Energieaufkommen verheißen, das selbst bei einer relativ hohen Zuwachsrate des Verbrauchs den Bedarf übersteigen würde. Bei der Größenordnung des Verbrauchs von Rohenergie in der Bundesrepublik bedeutet eine durchschnittliche jährliche Steigerungsrate von 1% im Laufe von 20 Jahren schon eine Bedarfszunahme von rd. 50 Mill. t Steinkohleneinheiten (SKE). Unterstellt man, daß der Energiebedarf nur um 2% wächst, während die Expansion entsprechend der Vorschauen auf eine Steigerung um 3% jährlich ausgerichtet ist, so erstreckt sich diese Abweichung am Ende des Vorschauzeitraumes auf eine Bedarfsmenge, die ungefähr einem Drittel der heutigen deutschen Steinkohlenförderung entspricht.

Selbst wenn die seit dem vergangenen Jahr offenkundige Stockung im Wachstum des Energieverbrauchs nur vorübergehend sein wird, erhebt sich doch die Frage, ob nicht die Prognosen übertriebene Zukunftserwartungen geweckt und so zu den gegenwärtigen Schwierigkeiten ihren Teil beigetragen haben. Die Überprüfung und Berichtigung verschiedener in den letzten zwei Jahren veröffentlichter Vorschauen gibt Anlaß, diese Meinung nicht ganz von der Hand zu weisen. Sie sind nicht immer unbeeinflußt geblieben von der konjunkturellen Lage im Zeitpunkt ihrer Erstellung. Aber überhaupt wurden in den Prognosen für die nächsten zehn oder zwanzig Jahre Zuwachsraten angenommen, die wesentlich höher sind als die Steigerungssätze langfristiger Entwicklungen in der Vergangenheit. Zum Beispiel hat die Zuwachsrate des Rohenergieverbrauchs in Deutschland über die erste Hälfte unseres Jahrhunderts hinweg berechnet etwas über 1,5% gelegen, während alle Vorschauen bis 1965 oder 1975 durchschnittliche Steigerungssätze von mehr als 2% unterstellen und in vielen Fällen noch über 3% hinausgehen. Alle Problematik der Prognosen des Energiebedarfs zugegeben, haben sie doch mittelbar sowohl auf der Seite des Angebots wie auf der Seite der Nachfrage einen Drang zur langfristigen Festlegung in einer tendenziell aufsteigenden Entwicklung hervorgerufen, der die kurzfristigen Schwankungen und ihre Störungen aus den Augen verlor.

VERÄNDERUNG IN DER BEVORRATUNGSPOLITIK

Während der Energieverbrauch nachläßt, steigt das Aufkommen weiter. Zwischen der Entwicklung von Angebot und Verbrauch liegt die Spanne der Bestandsbewegungen. Insbesondere das Schaubild zeigt, daß die Bestandshaltung an Kohle, die die Hauptrolle in der Bevorratung spielt, in der Energiewirtschaft seit Kriegsende ständig erhöht worden ist. Das ist bei steigendem Verbrauch eine natürliche Entwicklung, zumal wenn man berücksichtigt, daß die ersten Jahre des betrachteten Zeitraums noch im Zeichen der Kohlenbewirtschaftung standen. Die Decke der Energiebevorratung in der Volkswirtschaft verändert sich im Wirtschaftsablauf, und in der Folge der Wechsellagen findet eine Verschiebung in der Bestandshaltung bei den Verbrauchern und Produzenten statt. Auch in der

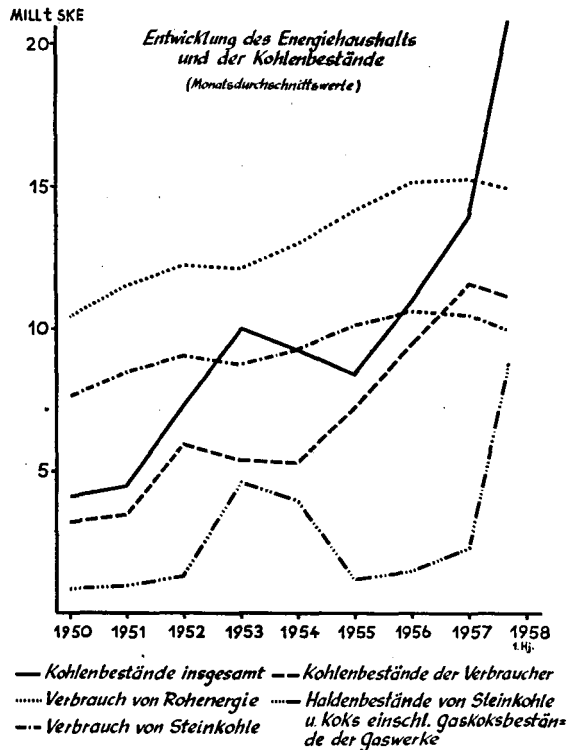
gegenwärtigen Lage spielen die Bestandsbewegungen eine Rolle. Als die Verbraucher teils befürchteten, teils feststellten, daß ihr Energieverbrauch nicht mehr stieg oder in manchen Fällen sogar abbröckelte, waren sie nicht mehr bereit, das volle Angebot aufzunehmen, das aus der inländischen Förderung und aus den Einfuhren auf den Markt kam. Bis gegen Ende des vergangenen Jahres hatten sie das getan und hatten ihre Bestände mit den Mengen angereichert, die nicht zum unmittelbaren Verbrauch benötigt wurden.

Entwicklung des Energieverbrauchs und der Kohlenbestände

(in Mill. t SKE)

Monatsdurchschnitt	Verbrauch von		Bevorratungsstand der	
	Rohenergie	Steinkohle	Verbraucher	Erzeuger
1950	10,4	7,7	3,2	0,9
1951	11,5	8,5	3,5	1,0
1952	12,2	9,1	6,0	1,3
1953	12,1	8,8	5,4	4,6
1954	13,0	9,3	5,3	4,0
1955	14,2	10,1	7,2	1,2
1956	15,2	10,6	9,5	1,5
1957	15,3	10,5	11,6	2,3
1958 <sup>1)</sup>	15,2	10,2	11,1	9,5

<sup>1)</sup> Schätzung auf Grundlage des 1. Halbjahres.



Nachdem die Bevorratung bei den Verbrauchern zum Stillstand gekommen ist und sie teilweise zum Abbau der außergewöhnlich hohen Bestände übergehen, hat die Nachfrage die Tendenz, unter das Verbrauchsvolumen zu sinken. Das Angebot an Rohenergie kommt aber in einem Umfang auf den Markt, der auf eine andauernde Expansion bemessen worden war. Die Anpassung dieses überhöhten Angebots an die zeitweilig schrumpfende Nachfrage ist das Kernproblem der zahlreichen Gespräche, die der Kohlenberg-

bau, die Mineralölindustrie, der Importhandel und die IG-Bergbau in den letzten Monaten mit der Bundesregierung geführt haben. Die Vergrößerung des Angebots ist in der Periode steigender Energienachfrage in erster Linie durch Steigerung der Energieeinfuhr herbeigeführt worden. Bei nachlassender Nachfrage vollzieht sich die Anpassung des Angebots fast ausschließlich dadurch, daß der Steinkohlenbergbau Halden bilden muß. Diese Verdrängung der einheimischen Förderung vom Markt ist nicht das Ergebnis eines sich nach rein marktwirtschaftlichen Regeln vollziehenden Prozesses. In der Marktwirtschaft sollen die Wettbewerber unter gleichen Bedingungen der Nachfrage gegenüber treten. Auf dieser Grundlage vollzieht sich die Anpassung in der energiewirtschaftlichen Bedarfsdeckung nicht.

**LANGFRISTIGE IMPORTBINDUNGEN**

Die Einstellung auf eine „strukturelle“ Einfuhr, die zur Energieversorgung auf lange Sicht unumgänglich ist, bedeutet für die Energiewirtschaft der Bundesrepublik eine neue Situation. Bis vor wenigen Jahren stellte sie den Nachbarländern noch Überschüsse zur Verfügung; im letzten Jahr überwog die Energieeinfuhr die Ausfuhr mengenmäßig um über 15 Mill. t Steinkohleneinheiten, und wertmäßig hatte der Einfuhrsaldo bereits 1 Mrd. DM überschritten.

Diese Umstellung wurde in der Bundesrepublik auf einer breiten und langfristigen Grundlage vollzogen. Dabei sind die Grenzen des strukturellen Zuschußbedarfs im ersten Eifer überschritten worden. Die Verteilung des deutschen Kohlenaufkommens im Gemeinsamen Markt leistete dabei Vorstöße. Diese Bindungen sind bei den Importverträgen für amerikanische Kohle am auffälligsten in Erscheinung getreten. Die starken Schwankungen der Frachtrate, die im Preis der amerikanischen Kohle eine bedeutende Rolle spielt und zeitweilig mehr als der fob-Preis der Kohle betragen hat, sollten durch langfristige Kauf- und Charterverträge ausgeschaltet werden. Die Entwicklung des Frachtenmarktes hat die Vorteile, die langfristige Abschlüsse gegenüber der Hausse der Tagesrate während und nach der Suezkrise boten, inzwi-

schen in einen Nachteil umgekehrt. Die Frachtbelastung der zur Zeit auf Grund langfristiger Verträge eingeführten USA-Kohle ist höher als die Tagesfrachten. Freilich ist kaum anzugeben, wie hoch diese wären, wenn es keine langfristigen Verträge gäbe.

**Förderung und Einfuhr von Steinkohle**

Vierteljahr	Förderung	Einfuhr				
		von Steinkohle und Steinkohlenskoks		Insgesamt		
		Insgesamt	davon aus den USA	Insgesamt	davon aus den USA	
in 1000 t		in % der Förderung				
1954	1. Vj.	32 538	2 215	483	6,8	1,5
	2. Vj.	29 832	2 032	506	6,8	1,7
	3. Vj.	32 631	2 163	552	6,6	1,7
	4. Vj.	33 034	2 243	291	6,8	0,9
1955	1. Vj.	33 243	2 611	439	7,9	1,3
	2. Vj.	31 275	3 333	1 179	10,7	3,8
	3. Vj.	32 691	5 064	2 420	15,5	7,4
	4. Vj.	33 518	5 406	2 985	16,1	8,9
1956	1. Vj.	34 349	4 572	2 408	13,3	7,0
	2. Vj.	32 621	4 561	2 554	14,0	7,8
	3. Vj.	33 566	5 517	3 529	16,4	10,5
	4. Vj.	33 870	4 801	3 066	14,2	9,1
1957	1. Vj.	34 256	4 449	2 699	13,0	7,9
	2. Vj.	32 666	5 926	4 528	18,1	13,9
	3. Vj.	32 353	5 973	4 540	18,5	14,0
	4. Vj.	33 881	5 630	4 206	16,6	12,4
1958	1. Vj.	34 102	4 427	3 244	13,0	9,5
	2. Vj.	32 633	3 777	2 715	11,6	8,3

Aber auch die Entwicklung des Heizölangebots steht unter ähnlichen langfristigen Bindungen. Bis heute ist die Einfuhr des Fertigproduktes noch größer als die inländische Erzeugung, aber im Rahmen des großen Kapazitätsausbaus der Raffinerien soll in Zukunft die Produktion im Inland erfolgen, allerdings überwiegend aus eingeführtem Rohöl.

In der Einfuhr amerikanischer Kohle steht die Bundesrepublik, das größte Kohlenland der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, seit 1951 fast ununterbrochen an der Spitze aller Gemeinschaftsländer. In einzelnen Quartalen des vergangenen Jahres betragen die Lieferungen aus den USA 14 % der deutschen Steinkohlenförderung. Während im ersten Halbjahr 1957 rd. 7,2 Mill. t aus den USA importiert wurden, ging die Einfuhr in der gleichen Zeit 1958 auf 6 Mill. t zurück. Erst allmählich zeitigen die Bemühungen der Importeure, ihre laufenden langfristigen Kontrakte zu strecken oder teilweise auch rückgängig zu machen, gewisse Erfolge. Das Aufkommen an Heizöl

**Kohlen- und Heizölverbrauch in Industrie und Hausbrand**

(in 1000 t)

Vierteljahr	Verbrauch der Industrie				Hausbrand-Belieferung				
	Steinkohle	Steinkohlenskoks	zusammen	Heizöl	Steinkohle	Steinkohlenskoks	zusammen	Heizöl	
1954	1. Vj.	5 621	4 440	10 061	295	2 981	1 169	4 150	45
	2. Vj.	4 956	4 045	9 001	279	1 970	1 605	3 575	37
	3. Vj.	4 924	4 551	9 475	334	2 611	1 278	3 889	72
	4. Vj.	6 217	5 185	11 402	396	3 223	1 154	4 377	150
1955	1. Vj.	5 900	5 692	11 592	454	2 860	1 643	4 503	137
	2. Vj.	5 286	5 539	10 825	438	2 467	1 394	3 861	146
	3. Vj.	5 191	5 651	10 842	487	3 017	1 442	4 459	129
	4. Vj.	6 555	6 014	12 569	613	3 501	1 489	4 990	287
1956	1. Vj.	6 321	6 274	12 595	761	3 593	1 549	5 142	343
	2. Vj.	5 297	5 808	11 105	689	3 115	1 484	4 599	146
	3. Vj.	5 161	5 913	11 074	724	3 440	1 567	5 007	401
	4. Vj.	6 399	6 370	12 769	863	3 456	1 677	5 133	573
1957	1. Vj.	5 784	6 335	12 119	864	3 510	1 843	5 353	484
	2. Vj.	5 240	5 976	11 216	787	2 743	1 701	4 444	350
	3. Vj.	5 033	6 142	11 175	799	3 168	1 831	4 999	571
	4. Vj.	6 203	6 440	12 643	1 013	3 383	1 450	4 833	740
1958	1. Vj.	5 568	6 199	11 767	1 213	1 704	1 056	2 760	700 <sup>1)</sup>
	2. Vj.	4 771	5 376	10 147	1 083	1 939	1 819	3 758	600 <sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Geschätzt.

## Verbrauch und Bestände von Steinkohle und Steinkohlenkoks bei der Industrie

(in 1000 t)

Vierteljahr	Steinkohle			Steinkohlenkoks		
	Verbrauch	Bestand am Ende des Vierteljahres	Bestandsveränderung im Vierteljahr	Verbrauch	Bestand am Ende des Vierteljahres	Bestandsveränderung im Vierteljahr
1954 1. Vj.	5 621	1 448	- 406	4 440	677	- 186
2. Vj.	4 956	1 485	+ 37	4 045	729	+ 52
3. Vj.	4 924	2 125	+ 640	4 551	843	+ 114
4. Vj.	6 217	1 709	- 416	5 185	861	+ 18
1955 1. Vj.	5 900	1 526	- 183	5 692	930	+ 69
2. Vj.	5 286	2 005	+ 479	5 539	923	- 7
3. Vj.	5 191	3 077	+ 1 072	5 651	1 093	+ 170
4. Vj.	6 555	2 916	- 161	6 014	1 086	- 7
1956 1. Vj.	6 321	2 387	- 529	6 274	915	- 171
2. Vj.	5 297	2 894	+ 507	5 808	1 158	+ 243
3. Vj.	5 161	3 788	+ 894	5 913	1 376	+ 218
4. Vj.	6 399	3 186	- 602	6 370	1 367	- 9
1957 1. Vj.	5 784	2 931	- 255	6 335	1 527	+ 160
2. Vj.	5 240	3 394	+ 463	5 976	1 760	+ 233
3. Vj.	5 033	3 991	+ 597	6 142	1 819	+ 59
4. Vj.	6 203	3 522	- 469	6 440	1 798	- 21
1958 1. Vj.	5 568	3 296	- 226	6 199	1 855	+ 57
2. Vj.	4 771	3 218	- 82	5 376	1 864	+ 9

nimmt dagegen ständig zu, sowohl aus inländischer Produktion als auch aus der Einfuhr. In den ersten Halbjahren 1956 und — trotz der Suezkrise — auch 1957 wurden knapp 0,2 Mill. t Heizöl je Monat erzeugt, im ersten Halbjahr 1958 steht der Monatsdurchschnitt auf 0,32 Mill. t. Die Heizöleinfuhr erhöhte sich von monatlich 0,17 Mill. t im ersten Halbjahr 1956 auf rd. 0,24 Mill. t im gleichen Zeitraum 1957 bzw. 0,35 Mill. t 1958. Das Heizölaufkommen insgesamt ist im ersten Halbjahr 1958 um 40 % gegenüber der gleichen Vorjahresperiode gesteigert worden.

In dieser Entwicklung wird die Einfuhrenergie, die sich im Gegensatz zur Förderung des deutschen Steinkohlenbergbaus strukturell durch große Elastizität auszeichnet, ein starrer Bestandteil des Angebots am Inlandsmarkt. Der Verzicht auf die Lizenzierung der Importe und die Verlängerung der Kontraktfristen für amerikanische Kohle begünstigten ebenso wie die Aufhebung des Zolls auf Heizöl und die Angleichung der Bahnfrachten für Importkohle aus dritten Ländern an die Frachtsätze für Kohlentransporte ab deutschen Zechen eine nach der Terminologie der Hohen Behörde „rationelle“ Einfuhrpolitik, die allerdings „die Kohlenproduktion, d. h. die am wenigsten elastische Produktion, jeweils zur Deckung des Spitzenbedarfs verurteilt“.<sup>2)</sup>

## DER WETTBEWERB IM RAHMEN DER ENERGIEPOLITIK

Die Hohe Behörde glaubte, die von ihr erkannten Konsequenzen einer langfristig gebundenen Energieeinfuhr für den Steinkohlenbergbau der Gemeinschaft durch eine gemeinschaftliche Bevorratungspolitik beheben zu können. Das Bundesministerium für Wirtschaft stellte seine konjunkturpolitischen Maßnahmen, die den Zugang der Einfuhr zum deutschen Markt erleichterten, unter das Zeichen verstärkten Wettbewerbs für den Kohlenbergbau. In Wirklichkeit haben sie dazu beigetragen, daß sich der Markt nur noch weiter von dem im Wettbewerb vorausgesetzten Zustand der Gleichheit aller Partner entfernte. Die von der Ölindustrie immer verlangte und ihr auch eingeräumte Freiheit von staatlichen Eingriffen in ihr

marktwirtschaftliches Verhalten ist dem Kohlenbergbau seit Jahrzehnten nicht zugebilligt worden. Die Einflußnahme der Regierung und der Hohen Behörde auf die Festsetzung des Kohlenpreises war seit langem darauf gerichtet, sein Niveau so niedrig wie möglich zu halten und seine Anpassung in der Hochkonjunktur zu verwehren. Das Diskriminierungsverbot des Montanunion-Vertrages und die dadurch bedingte Hinterlegung und Veröffentlichung der Preislisten trifft nur den Kohlenbergbau der Gemeinschaft, nicht aber die Ölindustrie und die Kohlenimporteure. Sie können ihre Geschäfte individuell aushandeln, während der Kohlenbergbau allen Verbrauchern des Gemeinsamen Marktes in vergleichbarer Lage gleiche Bedingungen in Preis und Versorgung einräumen muß. Es war vorauszusehen, daß langfristige Bindungen in der Energieeinfuhr bei stockender Nachfrage auf die Marktstellung inländischer Kohle Rückwirkungen haben würden, einerseits weil sie vorher nicht eine gleiche Absatzsicherung betreiben konnte, andererseits weil sie im Preiskampf gegen ihre Wettbewerber nichts einzusetzen hatte.

Die kurzfristige Anpassung des Angebots, die eine folgenschwere Zuspitzung der Absatzlage im Steinkohlenbergbau abwenden muß, steht im Vordergrund der Diskussion. Trotz abschwelliger Kohleneinfuhren und leichter Anhebung der Heizölpreise ist es dem Steinkohlenbergbau noch nicht gelungen, durch Treueprämien und Angebot langfristiger Lieferungsverträge das Anwachsen der Halden aufzuhalten. Erst nachdem sich herausgestellt hatte, daß ein Teil der Abnehmer auf dem Inlandsmarkt, im Gemeinsamen Markt und im Ausland den Anspruch nach dem Lieferplan des Ruhrbergbaus nicht als eine Verpflichtung zur Abnahme gelten lassen will, eröffneten sich in einem überfluteten Markt diese Möglichkeiten.

Die Energiepolitik sollte aber auch auf lange Sicht aus der gegenwärtigen Situation Erkenntnisse gewinnen. Jede Periode der Stagnation oder der Abschwächung bringt besonders zum Bewußtsein, daß in der Energiewirtschaft Strukturwandlungen im Gange sind. In dieser Zeit verschieben sich die relativen Anteile der Energieträger dank ihrer unterschiedlichen, zum Teil

<sup>2)</sup> Gesamtbericht über die Tätigkeit der Hohen Behörde vom 13. April 1957, S. 319.

verfälschten Wettbewerbsverhältnisse, und die langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten des Steinkohlenbergbaus werden beeinträchtigt.

Da die Möglichkeiten der Energiebedarfsdeckung sich vergrößert haben und noch vergrößern werden, kann eine Energiepolitik nicht aufrechterhalten werden, die noch vom „Monopol der Kohle“ maßgeblich bestimmt ist. Die weitgehend darin begründeten Benachteiligungen der Kohle im Wettbewerb müssen beseitigt werden, wenn die freie Wahl des Verbrauchers aus der Marktwirtschaft auch als Grundsatz in die Energiepolitik übernommen werden soll. Freilich ist das Verbraucherinteresse vorwiegend auf die kurzfristig billigste Eindeckung ausgerichtet und vernachlässigt die langfristige Versorgungssicherung, die in der Energiewirtschaft unerlässlich ist.

Die Vermehrung der Deckungsmöglichkeiten des Energiebedarfs bedingt verstärkte Einfuhren. Daher sind auch die Folgen der Auslandsabhängigkeit in der Energieversorgung zu berücksichtigen, die auf politi-

schem Gebiet in der Unsicherheit wesentlicher Versorgungsquellen (OI im Nahen Osten) und auf wirtschaftlichem Gebiet in den Preisschwankungen auf dem Weltmarkt und im Zahlungsbilanzproblem beruhen. Da die Strukturwandlungen in der Energiewirtschaft Rückwirkungen auf die Volkswirtschaft im ganzen haben, wird in einer mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik koordinierten Energiepolitik die Erhaltung der Verflechtung zwischen inländischen Versorgungsquellen und Gesamtwirtschaft bedeutsam sein, denn darauf beruhen Verbundwirtschaft und die mit ihr zusammenhängende Höhe der Energiekosten.

Die Bestimmung der Energiepolitik ist eine große Aufgabe, die nicht von heute auf morgen gelöst sein wird. Viele ihrer Fragestellungen werden grundsätzliche Entscheidungen verlangen. Die Lage in der Energiewirtschaft sollte es aber dringlich erscheinen lassen, offensichtliche Ungleichheiten im Wettbewerb aufzugreifen, zu beseitigen oder einen Ausgleich dafür zu finden.

**Summary:** Energy Supply and Energy Policy. Approximately 12% of the West German hard coal production in 1958 so far have found no sale and had to be thrown over the dump. Thus the mining industry shows stores which are double what they were in 1954, the year of recession in the iron industry, and are near the peak reached during the world's economic crisis in spring 1933. The author examines the individual factors which caused this development and points out that coal mining has to take consequences of an energy policy against which serious objections could be raised. The sudden change on the coal market cannot be explained by the general development in the energy sector. Other factors contributed to this abrupt change in the coal situation, among them political influences on market organizations and supply (i. e. European Coal and Steel Community, certain obligations in the field of supply, and influences on the formation of prices). Moreover, the inflexibility of imports which is most conspicuous with the long-term import agreement on American coal, and general structural changes in the energy market (fuel oil) belong to these factors. The relative shares of the sources of energy change owing to their different, partly adulterated competitive situation, and the long-term opportunities for the development of pit-coal mining are impaired.

**Résumé:** Economie de l'énergie électrique et approvisionnement. — Les stocks de charbons invendables provenant de la production allemande de 1958 et mis au tas atteignent, à l'heure actuelle, environ 12%. L'industrie charbonnière dispose donc de stocks représentant deux fois le volume des stocks de l'industrie métallurgique pendant l'année critique de 1954. Ces stocks ne sont plus très éloignés du niveau maximum atteint pendant la crise économique mondiale, au printemps de 1953. Dans son analyse des facteurs individuels ayant produit ce développement, l'auteur met en relief le fait que l'industrie charbonnière, forcée à la mise au tas, doit faire les frais d'une politique de l'énergie susceptible de provoquer des objections sérieuses. Le revirement survenu au marché charbonnier n'est pas le résultat de l'évolution générale de l'industrie de l'énergie électrique. D'autres facteurs ont contribué à cette brusque crise de vente: 1. mesures politiques affectant l'organisation des marchés et de l'approvisionnement (CECA, quoteparts imposées, rajustement des prix); 2. rigidité des importations, surtout l'entrave des contrats à long terme prévus pour les importations de charbons américains; 3. changements structurels en cours dans l'industrie de l'énergie (mazout). Bref, le rapport entre les quoteparts fournies par chacune des ressources énergétiques est modifié par les différences entre les conditions concurrentielles, bien souvent déformées et agissant au détriment du développement à long terme de l'industrie charbonnière.

**Resumen:** El suministro y la política de la energía. Cerca de 12% de la hulla alemana obtenida hasta ahora en el año 1958 no ha podido ser colocada y ha sido depositada en colinas de carbón. Debido a esto tiene la minería una existencia, que comparada con los años de recesión de la economía del hierro, es dos veces mayor y no está muy lejos del nivel más alto alcanzado durante la crisis económica en la primavera del año de 1933. El autor examina los diferentes factores que llevaron a este desarrollo y señala, que la explotación de la hulla así como la acumulación, tienen que sufrir las repercusiones de una política de energía contra la que se pueden formular serios reparos. El cambio operado en el mercado del carbón no es posible de explicar por medio del desarrollo general de la energía. También influyeron otros factores en el cambio abrupto de la situación económica de la hulla. A ellos corresponden las influencias políticas en las organizaciones de mercado y de abastecimiento. (Acuerdo de la Comunidad Europea de Carbón y Acero; tributos al abastecimiento; influencia sobre el curso de los precios), además, la inmovilidad de las importaciones, que es notoria sobre todo en los contratos de importación a largo plazo de la hulla americana, y cambios generales en la estructura que se están realizando actualmente en la economía de la energía. (combustibles). Las participaciones relativas de las ramas de energía se desplazan gracias a las diferentes situaciones de la competencia, que en parte están falseadas, y, las posibilidades del desarrollo de la explotación de hulla a largo plazo son afectadas.